



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Polizeistation Tittling retten
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 18 wird der Ansatz im Tit. 701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) von 13.216,2 Tsd. Euro um 250,0 Tsd. Euro auf 13.466,2 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Mit den zusätzlichen Mitteln wird ein Baukostenzuschuss für den polizeilichen Bedarf der Polizeistation Tittling finanziert. Die Polizeistation Tittling befindet sich in einem älteren, renovierungsbedürftigen Gebäude, das der Gemeinde Tittling gehört. Derzeit genügen die Räumlichkeiten nicht mehr den Ansprüchen an eine moderne Polizeistation. Doch anstatt sich um die notwendigen Renovierungen zu kümmern, plant die Staatsregierung die Degradierung der Station zu einer Wache oder gar die komplette Aufgabe des Standorts. Dies kann nicht im Interesse der Menschen vor Ort sein.

Um auch weiterhin eine ausreichende Präsenz der bayerischen Polizei vor Ort zu ermöglichen, muss die Gemeinde dazu befähigt werden, das Gebäude in Stand zu setzen. Hierzu sollen ihr Fördermittel des Freistaates zur Verfügung gestellt werden. Der Freistaat selbst profitiert als Mieter unmittelbar von dieser Investition, ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger in Tittling.